Factsheet

Kolumbien

Kolumbianische Steinkohle für Deutschland:
Ein hoher Preis für Umwelt und lokale Bevölkerung

Deutschland importierte 2016 19,4%[1] seines Steinkohle-Bedarfs aus Kolumbien. Neben Russland, den USA und Australien ist Kolumbien eines der wichtigsten Lieferländer. Doch in Kolumbien ist der Kohlebergbau eine Bedrohung für Mensch und Umwelt: Flüsse trocknen aus, Menschen erkranken durch Kohlestaub, Gemeinden werden zwangsumgesiedelt.

Kolumbien verfügt über ein großes Bergbaupotenzial. 2016 war das Land mit 90 Mio. Tonnen weltweit viertwichtigster Kohleexporteur.[2] Der Entwicklungsplan für Bergbau in Kolumbien aus dem Jahr 2006 sieht für den Sektor bis 2019 die Verdoppelung der Kohleexporte und die Vervierfachung der Exporte von Edelmetallen vor.[3]

Die Departments Cesar und La Guajira im Norden Kolumbiens sind die wichtigsten Kohleabbauregionen. Außerdem verfügen sie über hohe Biodiversität und sind bedeutend für das ökologische Gleichgewicht.[4] Die Steinkohle wird hauptsächlich nach Europa verschifft.[5] Gefördert wird sie vor allem von den Unternehmen Drummond (USA), Glencore (Schweiz), Colombian Natural Resources (Murray Energy Corp, USA) und El Cerrejón (Gemeinschaftsunternehmen von Glencore, BHP Billiton und Angloamerican).

Obwohl Deutschland die Energiewende beschlossen und das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet hat, hat sich das Land 2016 zu einem der größten Steinkohleimporteure Europas entwickelt und deckt noch immer 14,1% seines Energiebedarfs mit Steinkohle.[6] Insbesondere die großen Energieunternehmen in Deutschland EnBW, E.ON, RWE, STEAG und Vattenfall verbrennen kolumbianische Kohle.

Armut und Gewalt in den betroffenen Regionen

In den Kohleregionen La Guajira und Cesar leben je 91% und 75% der ländlichen Bevölkerung in Armut oder extremer Armut. Trotzdem behaupten die Bergbauunternehmen, Bergbau bringe Wohlstand und Entwicklung.[7]

Die Gemeinden des Cesar und der Guajira kritisieren seit Jahren die Bedrohung durch paramilitärische Gruppen, den exzessiven Einsatz von Gewalt bei Zwangsumsiedlungen durch staatliche Sicherheitskräfte sowie die andauernde Einschüchterung der Gemeindevertreter*innen. Im Januar 2017 wurde der Gemeindesprecher Aldemar Parra aus El Hatillo (Cesar) ermordet. Bis heute wurde der Mord nicht aufgeklärt.

Umsiedlungen sind vielfach unzulänglich und die von Unternehmen gemachten Zusagen z.B. in Bezug auf neue Einkommensperspektiven oder Wasserversorgung werden nicht oder nur sehr verspätet eingehalten. Auch ein Vattenfall-Bericht verweist darauf, dass Gerichtsentscheidungen zu Gunsten der Gemeinden bis März 2017 nicht von den Unternehmen umgesetzt waren.[8]

Cesar

2010 ordnete das Umweltministerium an, dass die Unternehmen Prodeco, Drummond und Colombian Natural Resources die Gemeinden Plan Bonito, Boquerón und El Hatillo angemessen umsiedeln müssen. Grund war die hohe Luftverschmutzung durch den Kohlestaub. Trotz eines 2017 verhängten Bußgeldes durch die Behörde für Umweltlizen-


© kolko e.V.

zen (ANLA) von umgerechnet ca. 1,7 Mio. EUR gegen die Unternehmen, ist die Umsiedlung bisher nicht erfolgt. (Stand Mai 2018).[9] Es gab keine Einigung zwischen Unternehmen und Gemeinden über die nötige Landfläche, das dort zu entwickelnde Einkommensmodell und auch nicht über die Anerkennung der immateriellen Auswirkungen, die den Familien durch die Verzögerung bei der Umsiedlung entstehen.

La Guajira

Der größte Kohletagebau Lateinamerikas, El Cerrejón, liegt in der Guajira, einer Region in einer humanitären und ökologischen Krise, die sich durch den Wasserverbrauch des Bergbaus weiter zuspitzt. Wichtige Wasserquellen werden zerstört, wie etwa der Bach Bruno. Er soll auf einer Länge von 3,6 Kilometern dem Tagebau weichen, was vorerst gestoppt werden konnte. Das kolumbianische Verfassungsgericht verfügte im November 2017, dass die Umleitungsarbeiten solange unterbrochen werden müssen, bis eine Studie über soziale und ökologische Auswirkungen auf die umliegenden Gebiete erstellt und eine vorherige Befragung der betroffenen Bevölkerung durchgeführt sein würden.[10]

Gemeinden der indigenen Wayúu, Afrokolumbianer*innen und Kleinbäuer*innen in der Region sind von der Expansion des Tagebaus betroffen. Angaben der indigenen Autoritäten zufolge starben allein 2016 zwischen 80 und 90 Kinder an Unterernährung in der Guajira; die Gesundheitsbehörden sprechen von 26 Fällen. El Cerrejón benötigt für seinen Betrieb 142 Liter Wasser pro Sekunde, um 32 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr zu fördern. Gleichzeitig beklagen die lokalen Gemeinden einen lebensbedrohlichen Mangel an Trinkwasser. [11]

In der Guajira vernachlässigen die National- und Regionalregierung eklatant ihre Aufgaben. Weder die Bereitstellung funktionierender Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen ist gewährleistet noch die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Diese Aufgaben wurden inzwischen aufgrund der in der Guajira herrschenden Korruption direkt den jeweiligen nationalen Ministerien übertragen.[12]

---

1. BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: „Deutschland - Rohstoffsituation 2016“.
2. Verein der Kohlenimporteure e.V.: „Jahresbericht 2017. Fakten und Trends 2016/17“. Juli 2017.
3. Unidad de Planeación Minero Energética: „Plan Nacional para el Desarrollo Minero – visión al año 2019“. S. 77 – 78. Bogotá, 2006.
4. Tierra Digna, A. Torres, J. Rocha, D. Melo und R. Peña: „El carbón de Colombia: ¿Quién gana? ¿Quién pierde? Minería, Comercio global y Cambio climático“. S. 144. Bogotá, 2015.
5. P. Oei und R. Mendelevitch: „Prospects for steam coal exporters in the era of climate policies: a case study of Colombia, Climate Policy”. S. 8. 2018.
6. Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.: „Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2017”. Berlin, 2018.
7. L.A. Pardo: „Los quince mitos de la Minería en Colombia“. Ideas Verdes. Análisis político. Heinrich Böll Stiftung Colombia. No. 1, November 2017.
8. Vattenfall: „A Human Rights Risk Assessment in Colombia”. November 2017.
9. Portafolio: „Multa a minas de carbón del Cesar“. 15 Januar 2018.
10. Corte Constitucional de la República de Colombia: „Comunicado No. 58, Noviembre 28 y 29 de 2017, EXPEDIENTE T-5.443.609-SENTENCIA SU-698/17.
11. Kampagne „Paremos la mina“ (Besser leben ohne Kohle). In: https://www.colectivodeabogados.org/?Comunidades-de-La-Guajira-llaman-a-frenar-la-expansion-minera-de-El-Cerrejon
12. „Informe: Misión de observación, salud, ambiente y minería en la Guajira”, Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo, Bogotá 2018.

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestags:

- die Kohle importierenden Unternehmen zur Offenlegung der genauen Herkunft der Kohle einschließlich der Minen zu verpflichten;
- einen regelmäßigen Überprüfungsmechanismus zu etablieren, um zu prüfen, ob die Kohleimporteure ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten im Einklang mit den VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und dem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) nachkommen und u. a. regelmäßig die menschenrechtlichen Risiken und Auswirkungen der Minen bewerten sowie über die ergriffenen Gegenmaßnahmen transparent und in zugänglicher Form berichten;
- regelmäßig zu prüfen, inwiefern die Kohleimporteure alle im NAP formulierten Erwartungen erfüllen und andernfalls umgehend verpflichtende Mechanismen einzuführen;
- einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, um Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie (mit-)verantwortlich für Menschenrechtsvergehen sind;
- die kolumbianische Regierung aufzufordern, die von Kolumbien ratifizierte ILO-Konvention 169 und das Recht auf freie, vorherige, informierte Zustimmung indigener Gruppen zu stärken und konsequent umzusetzen sowie Volksentscheide als wichtiges Element der Partizipation der betroffenen Gemeinden zu respektieren;
- den Verbrauch von Importkohle in Deutschland und der EU schnellstmöglich zu reduzieren und bis spätestens 2035 einzustellen;
- Kolumbien über die multilaterale/bilaterale Kooperation verstärkt darin zu unterstützen, den Strukturwandel in den Kohlebergbauregionen einzuleiten und gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung ökonomische, nachhaltige Alternativen zu entwickeln.

Weitere Informationen: kolko - Menschenrechte für Kolumbien e.V.
Greifswalder Str. 4 | 10405 Berlin | Tel 030 4280 9107 | Fax 030 4172 6585 | mail@kolko.net | www.kolko.net